

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 27. November 2019 / Mercredi après-midi, 27 novembre 2019

Erziehungsdirektion / Direction de l'instruction publique

28 2019.ERZ.53 Bericht RR
Bauliche Entwicklung des Inselareals und der medizinischen Fakultät der Universität Bern.
Strategische und planerische Grundlagen

28 2019.ERZ.53 Rapport CE
Développement immobilier du site de l'Hôpital de l'île et de la faculté de médecine de
l'Université de Berne : Fondements stratégiques et de planification

Präsident. Sie haben es gesehen: Jetzt gibt es eine etwas spezielle Form der Beratung. Christoph Neuhaus ist nur schnell hinausgegangen, er kommt gleich wieder. Jetzt werden wir für ein Traktandum zwei Regierungsräte – beziehungsweise einen Regierungsrat und eine Regierungsrätin – bei uns haben. Ich begrüsse Christine Häslar; ich glaube, sie ist schon längere Zeit da und war am Warten. Wir mussten einen Bericht quasi vorwegnehmen, da er Auswirkungen auf das Traktandum 29 hat. Deshalb haben wir versucht, dies so umzudrehen, damit es einen Ablauf gibt. Ich begrüsse Christine Häslar, vielen Dank fürs Warten, fürs Hierherkommen und dafür, dass wir dies so lösen konnten. Wir werden also jetzt ein gemeinsames Traktandum haben, dann gehen wir zurück zu einem letzten Traktandum der BVE und anschliessend gehen wir direkt über zur ERZ. Traktandum 28, «Bauliche Entwicklung des Inselareals und der medizinischen Fakultät der Universität Bern [...]»: Ich gebe das Wort dem Kommissionssprecher, Martin Aeschlimann.

Planungserklärung BaK (Aeschlimann, Burgdorf) – Nr. 1

Die Finanzierbarkeit des im Bericht unter Kapitel 7 erwähnten Gesamtinvestitionsbedarfs sowie der entsprechenden Kostenfolgen sind zum heutigen Zeitpunkt nicht gesichert. Das heisst, dass in der zukünftigen Planung allenfalls Anpassungen an die verfügbaren Mittel notwendig sein werden.

Déclaration de planification CIAT (Aeschlimann, Burgdorf) – n° 1

Le financement de l'ensemble des investissements mentionné au chapitre 7 ainsi que des coûts induits correspondants n'est pas assuré à l'heure actuelle. Cela signifie qu'à l'avenir, la planification devra le cas échéant être adaptée en fonction des moyens disponibles.

Planungserklärung FDP (Hess, Nidau / Reinhard, Thun) – Nr. 2

Die Finanzierbarkeit des im Bericht unter Kapitel 7 erwähnten Gesamtinvestitionsbedarfs sowie der entsprechenden Kostenfolgen sind zum heutigen Zeitpunkt nicht gesichert. Das heisst, dass in der zukünftigen Planung ~~allenfalls~~ Anpassungen an die verfügbaren Mittel notwendig sein werden.

Déclaration de planification PLR (Hess, Nidau / Reinhard, Thun) – n° 2

Le financement de l'ensemble des investissements mentionné au chapitre 7 ainsi que des coûts induits correspondants n'est pas assuré à l'heure actuelle. Cela signifie qu'à l'avenir, la planification devra ~~le cas échéant~~ être adaptée en fonction des moyens disponibles.

Planungserklärung FDP (Hess, Nidau / Reinhard, Thun) – Nr. 3

Der Regierungsrat wird im Sinne von Good Governance aufgefordert mit max. 3 Mitgliedern im SWIGremium vertreten zu sein.

Déclaration de planification PLR (Hess, Nidau / Reinhard, Thun) – n° 3

Le Conseil-exécutif est chargé, dans un esprit de bonne gouvernance, d'être représenté au sein de l'organe GSI (Groupe stratégique Site de l'île) par 3 membres au maximum.

Planungserklärung BDP (Riem, Iffwil) – Nr. 4

Ergänzend zum vorliegenden Bericht ist der BAK eine Übersicht über die bauliche Entwicklung der gesamten Universität vorzulegen. Sie soll die wesentlichen Bauvorhaben, die voraussichtlichen Termine und die geschätzten Kosten beinhalten. Gemäss dem Auftrag und der Debatte im November 2018.

Déclaration de planification PBD (Riem, Iffwil) – n° 4

En complément du présent rapport, un aperçu du développement immobilier de l'Université dans son ensemble, qui inclura les principaux projets de construction, les calendriers prévisionnels et les coûts estimés, sera présenté à la CIAT. Cela conformément au mandat et au débat de novembre 2018.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP), Kommissionssprecher der BaK. Den Hintergrund dieses Berichts bildet die aktuelle bauliche Entwicklung hin zu einem Medizincampus auf dem Inselareal. Dies ist eine Folge eines strategischen Ziels der Regierungspolitik 2019–2022, gemäss dem sich der Kanton als führender Medizinalstandort der Schweiz mit internationaler Ausstrahlung positionieren will. Der Kanton befindet sich mit diesem strategischen Ziel in einem kantonalen und internationalen Wettbewerb. Gemäss Aussage des Berichts unterscheidet sich der Medizinalstandort Bern aktuell von den Mitbewerbern durch den am weitesten entwickelten Bezug zwischen Spital und Hochschule einerseits sowie durch das einzigartige Technologiekompetenzzentrum sitem-insel – wir kennen es alle. Als Folge dieses strategischen Entscheids kommen in immer engerem Rhythmus neue Bauprojekte auf den Grossen Rat zu.

In der Novembersession 2018 beschloss der Grosse Rat den Verpflichtungskredit für den Architekturwettbewerb für den Neubau des Forschungs- und Ausbildungszentrums Medizin und fügte dort eine Auflage an. Wir sagten dort: «Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat bis Ende 2019 die strategischen und planerischen Grundlagen in Form eines Berichts für den Raumbedarf der Universität und des Inselspitals Bern vor; mit einer Priorisierung.» Aus den damaligen Voten im Rat – ich habe diese im Tagblatt noch nachgelesen – ging folgender Tenor hervor: Es sollte absehbar sein, welche Auswirkungen eine solche strategische Zielsetzung der Regierung auf die Infrastruktur und auf die Finanzen hat. Es braucht eine Gesamtbetrachtung für die gesamte Universität und für das Inselspital Bern.

Der geforderte Bericht liegt dem Rat jetzt vor. Er ist unter der Führung der ERZ – darum ist eben Frau Häsler da – in Zusammenarbeit mit der BVE und dem Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) entstanden. Der Fokus des Berichts richtet sich aber auf die Entwicklung des Inselareals mit strategischen und planerischen Überlegungen und Prozessen, wobei der eigentliche Wortlaut des grossrätlichen Auftrags, den Raumbedarf der Universität als Ganzes in die Betrachtung einzubeziehen, nur am Rand behandelt wird, nämlich über die räumliche Entwicklungsstrategie der Uni Bern – die Strategie 3012, Sie konnten es nachschauen – mit der geplanten Konzentration in Länggassquartier. Der Bericht ist methodisch gut aufgebaut und gibt aus meiner Sicht einen guten Einblick in das Innenleben der Medizinalstandortstrategie des Kantons mit den räumlichen Konsequenzen, auch wenn sich die Ausführungen über die Bedeutung und die Erfolge des Medizinalstandorts Bern manchmal etwas sehr formelhaft und schematisch wiederholen in diesem Bericht. Insbesondere die Hauptakteure, die Raumtreiber und die Raumbedürfnisse, die Prozesse, die Verortung auf dem Inselareal sowie der Investitionsbedarf werden aber hinreichend dargestellt. Der Bericht sagt konkret, dass die medizinische Fakultät, die heute an 36 unterschiedlichen Standorten auf rund 58 000 Quadratmetern Hauptnutzfläche (HNF) untergebracht ist, ihren akuten Raummangel mit temporären Raumzumiets ausgleicht, die einen erheblichen betrieblichen Mehraufwand verursachen. Der Bericht verweist zudem auf die Schwierigkeit, die Umsetzung des strategischen Ziels mittels Provisorien zu erreichen, da sich die hochtechnisierten Infrastrukturen der medizinischen Fakultät nicht in Provisorien realisieren lassen.

Auf die vom Rat geforderte Priorisierung geht der Bericht nicht explizit ein. Wir finden also keine Aussagen über ein Reduktionspotenzial oder eine zeitliche Staffelung der Investitionen. Der Fragebeantwortung, die wir gemacht haben, können wir jedoch entnehmen, dass im Hintergrund trotzdem eine Art Priorisierung vorgenommen wurde. Angesichts der finanziellen Situation des Kantons wurden nur jene Vorhaben in die Planung aufgenommen, die für die Fakultät und für die Entwicklung des Medizincampus von grösster Wichtigkeit sind. Flächenwünsche, die nicht essenziell sind, wurden bereits bei der Ermittlung des Raumbedarfs durch die ERZ in Zusammenarbeit mit der BVE und der Universität eliminiert. Trotzdem ist der Investitionsbedarf für die Universität auf dem Inselareal gross und wird heute auf netto 945 Mio. Franken geschätzt, also knapp 1 Mrd. Franken.

Die Bauvorhaben der Insel-Gruppe und der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD) auf dem Inselareal – das ist noch wichtig zu sehen – werden hingegen von der Insel-Gruppe und der UPD eigenständig geplant, erstellt und finanziert.

Der weitere Investitionsbedarf der Universität mit den anderen sieben Fakultäten wird im Bericht nicht abgebildet, insbesondere für die geplanten Konzentrationsprozesse in der Länggasse und für die Folgenutzungen der freiwerdenden Gebäude der medizinischen Fakultät. Wir finden im Bericht auch keine Aussagen zu den Investitionen für die Instandhaltung und die erforderlichen baulichen Anpassungen des bestehenden Gebäudeparks. Diese Investitionen sollten aus meiner Sicht eigentlich in einer gesamtkantonalen Investitionsplanung abgebildet werden. Insgesamt erachte ich die Auflage des Grossen Rates als erfüllt, auch wenn der Bericht den Fokus auf die Entwicklung des Inselareals und der medizinischen Fakultät legt. Die Forderung des Grossen Rates kann nämlich auch im Kontext dieses Geschäfts, nämlich des Neubaus eines Forschungs- und Ausbildungszentrums Medizin, gesehen werden; daran wurde nämlich diese Auflage festgemacht.

Die BaK verzichtete damals auch auf eine Planungserklärung, die eine weitergehende Betrachtung fordern würde. Die FiKo strich in ihrem Mitbericht die Wichtigkeit heraus, den Bericht mit einer Planungserklärung zu ergänzen, die darauf hinweisen soll, dass je nach Verfügbarkeit der finanziellen Mittel eine Anpassung der Planung notwendig würde. Dieser Hinweis an die Regierung scheint auf den ersten Blick eher deklaratorischer Natur, denn die baulichen Entwicklungen des Kantons müssen sich ja per se an den finanziellen Möglichkeiten orientieren. Die BaK hat den Wortlaut des FiKo-Vorschlags sinngemäss in die vorliegende Planungserklärung aufgenommen. Die BaK beantragt dem Grossen Rat mit 17 zu 0 Stimmen, den Bericht mit der Planungserklärung zur Kenntnis zu nehmen.

Zu den eingereichten Planungserklärungen kann ich noch folgende Aussagen machen. Es gibt jene der FDP, Hess/Reinhard, also die Planungserklärung Nummer 2, die eigentlich den gleichen Wortlaut wie der BaK-Vorstoss hat. Über diese hat die BaK befunden. Sie stellte sie einander gegenüber, und der BaK-Antrag obsiegte.

Die Planungserklärung Nummer 4, BDP/Riem, konnten wir in der BaK nicht mehr behandeln. Ich könnte ihr aber als Referent ein gewisses Verständnis entgegenbringen, da ja eben die Frage im Raum stand, ob der Bericht eigentlich dem Wortlaut der Auflage, die der Grosse Rat gemacht hatte, entspricht, zumal die Universität als Unternehmen mit einer wachsenden, dynamischen Perspektive mit aktuell 25 000 Menschen – dies liessen wir uns vom Rektor der Uni sagen; es ist also eine Firma mit 25 000 Menschen; 18 000 Studierende und 7000 Mitarbeitende – eigentlich einen recht bedeutenden Faktor in der kommenden Investitionsplanung darstellt. Von daher habe ich ein gewisses Verständnis für diese Planungserklärung, aber wie gesagt: Die BaK konnte sie nicht mehr behandeln.

Präsident. Ich habe vorhin eine Unterlassungssünde begangen. Ich wollte Ihnen nämlich eigentlich noch sagen, wie wir bei der Debatte vorgehen möchten. Ich bin aber nicht ganz sicher; sagen Sie mir also, wenn Sie es anders haben möchten. Wir hätten uns zuerst so etwas wie eine Grundsatzdebatte vorgestellt, da es doch ein wichtiges Thema ist, und wenn Sie nachher etwas über den Bericht selber plus über die Planungserklärungen sagen möchten, käme dies in einem zweiten Schritt. Danach kämen die Abstimmungen über die Planungserklärungen, wobei wir die Nummer 1 und 2 ausmehren würden, und am Schluss käme noch die Abstimmung über den Bericht. Wenn Sie mir nun aber sagen, dass es reicht, Grundsatz, Bericht und Planungserklärungen in fünf Minuten zu behandeln, können wir es auch so machen. Haben Sie das Gefühl, dies reiche? – Das ist der Fall. Dann machen wir es so, dass Sie gleich über alles sprechen.

Dann wäre jetzt das Mikrofon offen für Fraktionssprechende, als Erstes ... Aha, nein, Entschuldigung. Wenn wir es so machen ... Entschuldigung, Bruno Vanoni, jetzt muss ich natürlich zuerst noch schnell die Antragsteller sprechen lassen. Entschuldigung. Das wäre in diesem Fall für die FDP Sandra Hess. Haben Sie sich schon irgendwo eingeloggt? Können Sie das noch schnell machen? Vielen Dank. Dann gebe zuerst noch den Antragstellenden das Wort: Sandra Hess.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Ich nehme gerne schnell Stellung zum Antrag Nummer 2. Er unterscheidet sich ja nur in einem Wort vom Antrag der BaK, und zwar geht es uns einfach darum ... Es steht da, dass in der zukünftigen Planung *allenfalls* auch eine Anpassung an die ... also, dass eine Anpassung der verfügbaren Mittel an die zukünftige Planung gekoppelt sein müsse, und da sind wir der Meinung: Nein, das ist nicht «allenfalls», sondern das ist *zwingend*. Wir haben jetzt aber nicht den Antrag gestellt, dass man das Wort auswechselt, sondern einfach, dass man sagt: Die zukünftige Planung muss Anpassungen an die verfügbaren Mittel ... die muss notwendig sein. Es ist nicht

eine ... Das kann man nicht einfach offen lassen, sondern man muss darauf beharren, dass die beiden Sachen im Kontext angeschaut werden.

Die Planungserklärung Nummer 3: Dort begrüßen wir, dass man ein direktionsübergreifendes, qualitätssicherndes Gremium geschaffen hat. Wir sind aber der Meinung, dass bei vier Regierungsräten eine Person zu viel dort ist, und dies einfach im Sinn von Good Governance. Es sollte nicht sein, dass in einem solchen vorbereitenden Gremium der Regierungsratsentscheid quasi schon präjudiziert wird. Darum wären wir im Sinn von Good Governance der Meinung, dass man dort nur drei Mitglieder haben sollte.

Präsident. Ich gebe das Wort dem zweiten Antragsteller, Bernhard Riem.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Der Grosse Rat wollte, wie wir gehört haben, im November des letzten Jahres einen Bericht für die strategischen und planerischen Grundlagen für das Inselareal und die ganze Universität, also nicht nur für die medizinische. Die Nicht-Umsetzung des vollständigen Auftrags des Grossen Rates durch den Regierungsrat bemerkte ich zuerst gar nicht, sondern erst, als ich mich intensiver damit befasste. Das irritierte mich ein wenig. Ich habe nachher sämtliche Voten im Tagblatt nachgelesen, und tatsächlich: Dort war der Umfang des Auftrags eigentlich überall klar. Ich weiss nicht, warum diese Abkürzung oder diese Reduktion beschlossen wurde. Ich bin gespannt auf die Ausführungen der Erziehungsdirektorin. Für das Inselareal und die medizinische Fakultät haben wir jetzt einen Bericht, und wir möchten ihn eben für die ganze Universität. Die Planungserklärung, die ich zuerst eingereicht hatte und zu der nachher eine neue Version verteilt wurde, ist, weil ... Wir müssten diesen Bericht ja zurückweisen oder was auch immer, und das wäre sicher nicht zielführend. Wir würden uns mit einer Auflistung zuhanden der BaK begnügen. Letztlich ist die Forderung nach einer vollständigen Übersicht Ausdruck für die nach wie vor unklaren Priorisierungen der Investitionen – aller Investitionen – im Kanton. Wir Grossratsmitglieder müssen diese Informationen haben, und ich denke, der Regierungsrat auch. Ich bitte Sie deshalb, dieser Übersicht, die an die BaK gelangen sollte und die eine einfachere Sache ist als ein ganzer Bericht, zuzustimmen.

Präsident. Und jetzt für die Fraktion der Grünen: Bruno Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich hatte mich eigentlich darauf eingestellt, dass es eine Grundsatzdebatte und nachher noch einmal eine Runde gibt. Ich getraute mich vorhin nicht, mich zu Wort zu melden, dass ich es so haben möchte. Ich versuche nun, mich trotzdem an die fünf Minuten zu halten.

Grundsätzlich zuerst einmal der Hinweis, dass dieser Bericht ja zu Recht an die politischen Bekenntnisse zur Stärkung des Medizinalstandorts erinnert, die wir in der Märzsession mit der Zustimmung zu den Richtlinien der Regierungspolitik abgegeben haben. In diesen Regierungsrichtlinien wurde die Weiterentwicklung des Inselareals dargestellt: Es führe zu einem weltweit führenden Medizincampus, der mit internationalen Instituten kooperiere; auch sitem-insel Bern gehöre dazu, das ein internationales Vorzeigezentrum werden solle. Die Grünen nahmen diese selbstbewussten Worte damals im unterstützenden Sinn zur Kenntnis, und darum unterstützen wir jetzt auch eine positive Kenntnisnahme dieses Berichts.

Jawohl, es ist eine grosse Kiste – der Kommissionssprecher hat es vorhin gesagt – und ein ambitioniertes Vorhaben, das hier zur Stärkung des Kantons Bern als Wirtschafts-, aber auch als Bildungs- und Forschungsstandort angegangen würde. Deshalb haben wir ein bisschen Mühe, wenn wir jetzt schon wieder anfangen, diese Bestrebungen mit finanziellen Wenn und Aber zu schwächen. Dies gilt umso mehr, als dass es ja nicht nur um diese Milliarde Franken geht, welche die Uni Bern allein in den nächsten 15 Jahren in das Inselareal investieren möchte. Diese Milliardeninvestition ist ja nur ein Teil der Investitionen, die auch von anderen Akteuren noch in das Areal gesteckt werden sollen. Der Bericht zeigt eindrücklich auf, welche Projekte der Uni Bern als nötig und prioritär erachtet werden, um den geforderten Beitrag zur Stärkung des Medizinalstandorts Bern leisten zu können. Das ist auch ein Auftrag, den der Kanton Bern der Uni im Leistungsvertrag gegeben hat, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausbildung von jährlich 100 zusätzlichen Ärztinnen und Ärzten, und dies auch vor dem Hintergrund des drohenden Mangels in der Hausarztmedizin. Mit Blick auf diesen Zusammenhang kann ich mir eine eher persönliche Bemerkung nicht verkneifen: Die Stärkung des Medizinalstandorts Bern ist sehr stark auf Medizinaltechnik, auf wirtschaftlich interessante Medizin und auf die entsprechenden Wirtschaftsbranchen ausgerichtet: Medizinaltechnik, Biotechnologie

und Pharmaindustrie. Dies ist aus wirtschaftlicher Sicht sicher sinnvoll, aber es darf nicht dazu führen, dass andere, vielleicht weniger teure und weniger lukrative Medizin vernachlässigt wird. Am Ende geht es ja eigentlich um die Gesundheit der Menschen, und zu dieser Gesundheit tragen eben auch andere Behandlungsformen der Medizin bei. Es ist aber jetzt nicht der Ort und nicht die Zeit, um dies weiter auszuführen.

Ich komme zurück zu den finanziellen Wenn und Aber. Wenn aus Finanzierungsengpässen heraus Prioritäten gesetzt werden müssen, dann müssen die bildungspolitischen Vorhaben – wie eben jene, über die wir heute sprechen – aus grüner Sicht wirklich Priorität haben. Aus diesem Grund hat ja auch die BiK einen Mitbericht gemacht und vor Ort verschiedene Bauvorhaben der Uni angeschaut. Dabei kam klar heraus, dass die Bauten der Uni auf dem Inselareal eigentlich eine Voraussetzung sind für verschiedene Uni-Neubauten an verschiedenen anderen Orten der Stadt Bern, zum Beispiel auf dem Muesmatt-Areal. Bei dieser Begehung wurde auch klar, dass der ganze Ausbau des Inselareals auch eine grosse Herausforderung im Verkehrsbereich werden wird, zur Bewältigung der zusätzlichen Pendler- und Besucherströme. Trotz des Blicks auf solche noch etwas ungewisse Aussichten nehmen die Grünen interessiert von diesem Bericht Kenntnis, und wir hoffen, dass wir die ambitionierten Vorhaben, die darin erwähnt sind, auch wirklich schaffen. Es braucht einen Kraftakt und es braucht auch den Mut, die Prioritäten am richtigen Ort zu setzen, im Interesse der Bildung, der Forschung und der Wirtschaftskraft des Kantons Bern.

Noch kurz zu den Planungserklärungen: Mit jener der BaK können wir gut einverstanden sein, weil sie nicht vorwegnimmt, dass man vielleicht später einmal Abstriche machen muss. Die Planungserklärung der FDP lehnen wir ab, weil sie eben vorwegnehmen will, dass man später Abstriche machen muss, wenn es nicht gelingt, die Finanzierungen auf irgendeine Art zu sichern, zum Beispiel eben auch durch richtige Prioritätensetzung. Die zweite Planungserklärung der FDP lehnt die grüne Fraktion ebenfalls ab. Wir sind der Meinung, dass der Regierungsrat entscheiden soll, wie und wie zahlreich er in einem solchen Gremium vertreten sein soll. Und bei der letzten Planungserklärung, jener der BDP, möchten wir gerne noch hören, was die Vertretung der Regierung dazu meint.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Roland Näf.

Roland Näf, Bern (SP). Ich möchte in erster Linie im Namen der SP-Fraktion für diesen guten Bericht danken. Der Bericht war nicht einfach, wenn wir daran denken, wie komplex das Geschäft ist. Wir haben dort nicht einfach einen einzigen Player: Wir haben dort Privatunternehmen drin, wir haben die Insel-Gruppe drin, wir haben den Kanton Bern dabei – aber eben nur in Bezug auf die universitären Gebäude. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir immer daran denken, dass wir entsprechend eine beschränkte Einflussmöglichkeit haben.

Über die hohe Bedeutung dieses Geschäfts will ich mich nicht weiter äussern; dies haben der Sprecher der Kommission und mein Vorgänger hier am Rednerpult bereits ausführlich dargelegt. Wir stehen natürlich hinter diesem Medizinalstandort und wir stehen natürlich auch dazu, dass wir jetzt eine Erhöhung der Studienplätze haben und entsprechend mehr Bedarf an Infrastruktur besteht. Wir nehmen den Bericht also positiv zur Kenntnis.

Um es kurz zu machen: Ich komme direkt zu den Planungserklärungen. Die Planungserklärung der BaK ist für uns selbstverständlich. Wir müssen uns nach den finanziellen Möglichkeiten richten – ich denke an die Schuldenbremse; diese gilt im Kanton Bern –, und darum schreibt die BaK, beziehungsweise vorher die FiKo, zu Recht «allenfalls»: Wenn das Geld nicht reichen sollte, müssten wir Anpassungen machen. Ich glaube, beim Wörtchen «allenfalls» liegt die grosse Differenz zur Planungserklärung der FDP. So, wie es formuliert ist, ist eigentlich auch eine sprachlich mangelnde Logik vorhanden. Wenn wir sagen, die Finanzierung sei noch nicht gesichert, dann gehen wir mal davon aus: Wenn es mit der Finanzierung nicht klappen würde, müssten wir dann sparen. Darum das Wörtchen «allenfalls». Wenn man es wegnimmt, wie es die FDP macht, dann ist es faktisch ein Kürzungsantrag im Voraus, bevor wir überhaupt wissen, wo wir finanziell stehen werden. Deshalb lehnen wir die Planungserklärung der FDP, die Planungserklärung 2, ab.

Bei der Planungserklärung 3 steht ein Missverständnis im Raum, glaube ich. Wenn dort eine Strategiegruppe zusammensitzt, beispielsweise die vier Regierungsmitglieder mit den Generalsekretärinnen und Generalsekretären, mit dem Stadtpräsidenten Berns und mit weiteren Playern, die dabei sein möchten, geht es nicht um eine Entscheidungsfindung. Bei Good Governance – dies ist das Stichwort von Frau Hess – geht es um Entscheidungsfindung. Das ist richtig: In der Good Governance – das sagt man in der Politologie so – darf man natürlich, wenn man etwas entscheidet, nicht bereits eine Mehrheit in diesem Entscheidungsgremium drin haben. Jetzt haben wir hier aber wirklich

nur die Situation, dass wir möglichst wollen, dass alle, die irgendwie eine wichtige Funktion haben, an einem Tisch zusammensitzen und dort die Zukunft dieses Areals besprechen können. Vor diesem Hintergrund haben wir das Gefühl, das mache keinen Sinn: Wir werden diese Planungserklärung ablehnen.

In Bezug auf die vierte Planungserklärung sind wir froh, dass Grossrat Riem dort eine Änderung vorgenommen hat. So macht es Sinn. So, wie es jetzt daher kommt, können wir dem voll zustimmen. Es ist für uns eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Auch, wenn wir an die Prioritätensetzungen denken, die wir hier in diesem Saal schon oft besprochen haben, ist es natürlich wichtig, dass die BaK eine Übersicht erhält. Entsprechend werden wir der Planungserklärung 4 zustimmen.

Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (SVP). Die SVP-Fraktion dankt auch für den guten Bericht. Wir sind froh, dass er so umfassend vorliegt; lesbar, informativ, eine gute Übersicht, eine gute Struktur. Er zeigt aber auch die Perspektiven dieses ganzen, grossen Vorhabens auf. Es freut uns natürlich, dass die strategischen Ziele 2030 des Regierungsrates gut abgebildet wurden. Die SVP sieht es auch als Chance, genau gleich wie der Regierungsrat, eben die starke Stellung im Medizinalstandort Bern auszubauen. Die SVP wird den Bericht so zur Kenntnis nehmen; er ist für uns in Ordnung.

Zu den Planungserklärungen: Die Nummern 1 und 2 werden ausgemehrt; dort werden wir die Planungserklärung 2, FDP, unterstützen. Die Planungserklärung FDP, Hess/Reinhard, Nummer 3, werden wir unterstützen. Es ist für uns sinnvoll, wenn man dort die drei Mitglieder als maximal anschaut. Bei der Planungserklärung 4, BDP/Riem, ist es so, dass wir auch froh sind, dass er dort eine neue Version gebracht hat. Diese unterstützen wir so jetzt neu. Die alte hätten wir nicht unterstützen können. Ein Bericht an die BaK ist gut; die SVP wird die Planungserklärung 4 unterstützen.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Wir haben den vorliegenden Bericht in unserer Fraktion intensiv diskutiert; einige haben ihn sogar sehr genau studiert und gelesen. Im Wesentlichen geht es – es wurde schon mehrfach gesagt – um die Stärkung des Medizinalstandorts Bern. Laut den Richtlinien der Regierungspolitik des Kantons Bern soll die Vernetzung von Forschung und Wirtschaft gefördert werden. Die medizinische Fakultät der Uni Bern hat im vergangenen Jahr ihre Kapazität um 100 Studienplätze erhöht. Dies ist eines der Indizien: Die Studienzahlen an der Uni Bern sind ja in den letzten Jahren nicht nur in der Medizin, sondern insgesamt kontinuierlich gestiegen. So weit, so gut; aber dazu braucht es die entsprechenden Mittel, und jetzt kommen wir halt trotzdem auf die Diskussion bezüglich der Finanzierung: die Mittel, um die nötige Infrastruktur bereitstellen zu können. Wenn man sich die im Bericht aufgeführten Zahlen vor Augen führt, wird es einem, Berndeutsch gesagt, schon ein bisschen «gschmuech»: Wir sprechen hier von Milliarden, nicht einfach von ein paar Millionen, und ich glaube, die Frage ist hier erlaubt: Kann sich der Kanton Bern dies überhaupt leisten, auch vis-à-vis der anderen Investitionen, die noch anstehen? Im nächsten Traktandum befinden wir ja in einem ersten Schritt über den Projektierungskredit für den Neubau eines medizinischen Forschungs- und Ausbildungszentrums. Wir von der FDP sind gespannt, wie die Regierung dann die anderen wichtigen Bauprojekte im Kanton Bern priorisiert, vis-à-vis der grossen oder riesigen Investitionen im Inselareal.

Auf der Seite 5 des Berichts sind die Hauptakteure des Inselareals alle schön aufgelistet: die Inselgruppe, die Uni Bern – medizinische Fakultät –, die UPD und sitem-insel. Weiter steht auf der Seite 35 des Berichts im drittobersten Absatz, ich zitiere: «Keine Kosten entstehen dem Kanton durch die im vorliegenden Bericht erwähnten Bauvorhaben der Insel Gruppe und der UPD auf dem Inselareal. Diese werden von der Insel Gruppe und der UPD eigenständig geplant, erstellt und finanziert.» Wir fragen uns: Wer kann hier garantieren, dass dies dann auch so ist? Wie kann kontrolliert werden, dass wirklich keine Vermischung geschieht zwischen Leistungen für die Uni, also für die Lehre und Forschung, die durch den Kanton finanziert werden, und den Spitalbauten, die als Leistungen gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) finanziert werden? Wir werden das Gefühl nicht los, dass dies in der Praxis nicht definitiv und messerscharf möglich sein wird. Vielleicht hat uns zu dieser Frage einer der Regierungsräte noch eine Antwort.

Noch zu den Planungserklärungen: Die Planungserklärung 1, BaK, geht in die richtige Richtung, wird von uns aber trotzdem abgelehnt. Sandra Hess hat es schon begründet: weil eben mit dem Wort «allenfalls» die Forderung nach Anpassung der zukünftigen Planung gleich wieder relativiert und abgeschwächt wird. In der Folge unterstützen wir selbstverständlich unsere eigene Planungserklärung. Die Planungserklärung 3 unterstützen wir ebenfalls. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die Regierung mit einer Mehrheit in dieser Strategiegruppe Weiterentwicklung Inselareal (SWI)

Einsitz nimmt und damit quasi Regierungsratsbeschlüsse vorwegnimmt beziehungsweise präjudiziert. Dies finden Sie in jedem anderen Gemeinderat hier in diesem Kanton auch nicht. Die Planungserklärung 4 der BDP unterstützen wir ebenfalls. Sie geht genau in die Richtung unserer Bedenken bezüglich der Entwicklung des Inselareals und deren Finanzierung. Die FDP wird diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Die BDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für diesen Bericht zur Entwicklung, die auf dem Inselareal geplant ist. Trotz einer recht grossen Flughöhe war er für uns sehr informativ. Die BDP steht vollumfänglich hinter der Entwicklung des Medizinalstandorts Bern. Es ist ein breit getragenes Schlüsselziel, das wir so eben vollumfänglich mittragen können und das ja ein Teil unserer Wirtschaftsstrategie ist. Der Bericht wurde in den verschiedenen Kommissionen diskutiert. Bei den immensen Investitionsvorhaben der nächsten 15 Jahre ist eine solch breite Diskussion auf jeden Fall mehr als berechtigt. Dazu gehörten auch Besichtigungen. Vor diesem Bericht fehlte uns die Gesamtübersicht. Hätten wir denn einfach ein Grossprojekt nach dem anderen durchwinken sollen? Das kann nicht sein. Der Grosse Rat muss wissen, wie eine Mrd. Franken ungefähr investiert werden soll. Wir müssen wissen, worum es auf dem Inselareal geht und was die verschiedenen Akteure planen – gerade, weil verschiedene Akteure im Spiel sind. Wir müssen die finanziellen Konsequenzen kennen und diskutieren. Ich erinnere einfach an die anderen Bauvorhaben, die wir hatten und bei denen wir hier zum Teil heftige Auseinandersetzungen um 1 Mio. Franken führten. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Entwicklung des Inselareals noch nicht in jedem Bereich klar ist. Das ist nachvollziehbar. Es ist ein offener und rollender Prozess mit doch etlichen Akteuren, Abhängigkeiten und Entwicklungen, namentlich der Insel-Gruppe, der Universität, der UPD und der sitem-insel AG. Die BDP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis, fordert aber eine Ergänzung, wie es in unserer Planungserklärung beschrieben ist.

Zur Planungserklärung der BaK: Eine Mehrheit zieht die Planungserklärung der FDP mit der klaren Aussage vor; es ist nicht ganz einstimmig.

Planungserklärung 3: Dazu möchte ich kurz noch etwas sagen. Wir teilen die Meinung der FDP und stimmen diesem Punkt zu. Es scheint auch uns problematisch zu sein, wenn in diesem Gremium eine Regierungsmehrheit dabei ist – sogar sehr problematisch. Die anderen Akteure auf diesem Areal und auf diesem Markt verfolgen ja alle auch ihre eigene Agenda und ihre eigenen Interessen; sie sind nicht in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Der Regierungsrat muss diese Interessen garantieren, die materiellen und die finanziellen Interessen. Deshalb sollte eine Mehrheit des Regierungsrates ausserhalb stehen und auch aus übergeordneter Warte die Vorschläge des Strategiegremiums überprüfen. Es könnte ja auch einmal ein grösserer Fehlentscheid stattfinden auf diesem Areal, vielleicht sogar einer mit Skandalpotenzial. Dann käme schnell die Missachtung von Corporate-Governance-Grundsätzen zur Sprache, wenn auch Roland Näf formell Recht hat: Es ist ein Strategiegremium, aber es ist für uns einfach sehr nahe, und je länger ich über diese Problematik nachdenke, desto wichtiger erscheint mir diese Planungserklärung.

Die Planungserklärung 4 habe ich begründet, und wir bitten Sie um Zustimmung.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Vorweg: Wir nehmen diesen Bericht auch zur Kenntnis. Ich möchte aber die Gelegenheit trotzdem auch nutzen, schnell ein paar Worte darüber zu verlieren, wie wir die Situation in diesem Zusammenhang einschätzen. Zum einen ist ganz klar: Die GLP-Fraktion steht hinter der Stärkung des Medizinalstandorts Bern. Wir stehen auch generell hinter der Stärkung von Forschung und Entwicklung – in diesem Bereich, aber auch in anderen Bereichen. Wir sind auch dafür, dass man die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft systematisch fördert und dort einen Ort schafft, wo sich die zwei begegnen können. Wir sind aber eigentlich auch der Meinung, dass es hier in der heutigen Zeit primär um Humankapital geht, und nicht um Beton. Das ist jetzt nicht irgendwie ein Grund, dass wir den Bericht und die Milliarde, die man hier verbauen will, ablehnen, aber nichtsdestotrotz ist es für uns einfach auch wichtig, dass wir das Ziel vor Augen haben. Und das Ziel in der heutigen Zeit ist nicht, zu verbauen, sondern wirklich Wissen zu schaffen und Humankapital zu generieren. Ich glaube, es ist unser Anliegen, dass wir dies hier an dieser Stelle klar äussern.

Der interessante oder brisante Teil dieses Berichts ist das Geld, das man in den nächsten Jahren verbauen wollen wird: Das ist fast 1 Mrd. Schweizer Franken. Aus unserer Sicht ist dies zum heutigen Zeitpunkt eine sinnvolle Strategie, und in diesem Sinn nehmen wir den Bericht wie gesagt zur Kenntnis, aber es ist uns auch wichtig, dass wir auch schlauer werden könnten. Wir möchten quasi verhindern – so, wie wir es bei anderen Bauprojekten oder Berichten getan haben, bei denen man

sagt: «Wir haben A gesagt, jetzt müssen wir auch B sagen» ... Wir möchten also auch hier gerne festhalten: Diese Milliarde ist gut; aus unserer Sicht ist es die richtige Richtung, die man einschlagen muss, aber wer weiss: Vielleicht sind wir in 5 Jahren schlauer und sagen: «Ja, vielleicht können wir hier oder da ein bisschen zurückstehen oder dort ein bisschen mehr ... was auch immer.» Einfach, damit dies hier auch klar gesagt ist: Wir sagen hier A, das heisst aber noch lange nicht, das wir dann auch B, C, und D sagen. Gut – dies zum Bericht.

Ich möchte gerne noch auf die Planungserklärungen eingehen. Die Planungserklärung BaK nehmen wir an. Die Planungserklärung FDP nehmen wir nicht an, weil sie aus unserer Sicht genau das Gleiche sagt wie die Planungserklärung BaK. Wir sehen hier absolut keinen Mehrwert und würden sie entsprechend nicht annehmen, wenn sie einander gegenübergestellt werden. Die Planungserklärung Good Governance: Das sehen wir. Es ist so: Wir müssen aufpassen – gerade, wenn es um so viel Geld geht –, dass man da nicht irgendwie eine Mehrheit der Regierung in einer Strategieguppe hat und diese quasi präjudizierende Entscheide macht. Ganz klar annehmen. Und die Planungserklärung BDP/Riem in der aktuellen Version ist für uns auch einstimmig anzunehmen.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ich muss es kurz machen. Die Apple Cloud hat mich im Stich gelassen; mein Votum hat sich irgendwo da oben in den Wolken verabschiedet ... Deshalb improvisiere ich jetzt ein bisschen. Die EVP-Fraktion wird natürlich von diesem Bericht auch Kenntnis nehmen. Ich möchte allen Beteiligten den Dank aussprechen. Wir denken, es ist eine gute Grundlage. Sie hilft uns, besonders bei den nächsten Geschäften ein wenig auf eine Art Roadmap, auf eine Grundlage zurückgreifen zu können, zu schauen, was angedacht ist und das Ganze besser aus einem Zusammenhang heraus entscheiden zu können. Das hat bis jetzt gefehlt. Bis jetzt ging es wohl vielen Fraktionen hier in diesem Saal gleich: dass man bei diesen grossen Bauvorhaben immer wieder einfach ein wenig im Blindflug entschied, ohne zu wissen, was als Nächstes kommt und was als Nächstes aus dem Nebel auftaucht.

Ich gehe gleich weiter zu den Planungserklärungen. Dort haben wir diskutiert. Bei den beiden Planungserklärungen 1 und 2, die einander gegenübergestellt werden, werden wir uns für die BaK-Variante aussprechen, weil sie offener ist, und das «allenfalls» ... Wir möchten uns dort eigentlich dem Votum der Grünen anschliessen, in dem gesagt wurde, es wäre zum jetzigen Zeitpunkt falsch, auch schon gerade irgendwelche verbindlichen, restriktiveren Aussagen zu machen, was die Kosten oder die verfügbaren Mittel betrifft. Wir würden die offenere Formulierung vorziehen.

Zur Planungserklärung 3, FDP, Hess/Reinhard: Wir finden es eigentlich sehr gut, dass diese hineingekommen ist. Wir kamen selber nicht darauf; das muss ich offen gestehen. Ich finde es gut, dass man in den verschiedenen Fraktionen so querdenkt und dass man diese Begrenzung dort machen würde. Das macht aus unserer Sicht Sinn. Den Argumenten konnten wir folgen.

Zur letzten Planungserklärung, jener von Bernhard Riem: Ich bin nicht überrascht, dass diese gekommen ist. Sie würde eigentlich dem Inhalt und der Aussage der Auflage entsprechen. Sie macht für uns auch Sinn. In unseren Fraktionen gibt es ein paar skeptische Geister, was das Fordern von neuen Berichten angeht. Es gibt Leute, die sagen: «Nicht noch mehr Berichte, wir sind schon fast ein bisschen geschädigt.» Sie sind diesbezüglich sehr zurückhaltend. Hier würden wir aber jetzt sagen: Das macht Sinn. Wir wissen es: Es geht bei der Universität eben wirklich um einen sehr grossen Player im Kanton. Es werden dort noch grosse Infrastrukturprojekte auf uns zukommen, und es macht Sinn – insbesondere mit dieser Verschiebung ins Inselareal und mit den freiwerdenden Nutzungen und Räumlichkeiten –, dass man dort einfach auch diese Betrachtung jetzt noch macht. Das würden wir auf jeden Fall unterstützen. In diesem Sinn konnte ich – glaube ich – erklären, was die Fraktion meinte.

Präsident. Ich habe keine weiteren Sprecherinnen oder Sprecher mehr auf der Liste. Dann gebe ich das Wort Regierungsrätin Christine Häslar. Gleichzeitig übergebe ich die Ratsleitung an den Vize.

Der Vizepräsident, Stefan Costa, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Stefan Costa prend la direction des délibérations.

Christine Häslar, Erziehungsdirektorin. (Beim Verstellen der Höhe gibt das Rednerpult ein lautes Geräusch von sich. / En ajustant la hauteur du pupitre des orateurs, celui-ci fait un bruit fort.) Entschuldigung! (Heiterkeit / Hilarité) Er ist einfach so gross, der Baudirektor. Herr Grossratsvizepräsident, liebe Grossrätinnen und Grossräte, Sie haben bestellt, und wir schauen, zu liefern. Ja, es war der Grosse Rat, der diesen Bericht bestellt hat. Im Zusammenhang mit dem Grossratsbeschluss

zum Kredit für den Architekturwettbewerb für den Neubau des Forschungs- und Ausbildungszentrums Medizin hat der Grosse Rat diesen Bericht als strategische Gesamtschau vom Regierungsrat eingefordert. Und wir haben diesen Auftrag gerne umgesetzt. Ich denke, es ist es wert, dies wirklich auch fundiert anzugehen. Wir haben es jetzt gesehen: Mit diesem Bericht liegt ein fundiertes Papier vor. Es liegt viel Arbeit in diesem Bericht, viel komplexe Arbeit. Es freut mich und ich danke Ihnen, dass wir für diese Arbeit auch würdigende Voten entgegennehmen durften.

Der Bericht steht quasi mit beiden Füßen auf dem Boden: Er stützt sich einerseits auf die Standortstrategie der Uni Bern und andererseits auf den Masterplan des Inselareals: die Standortstrategie der Uni Bern, die ebenfalls vom Grossen Rat in Auftrag gegeben wurde, die ursprünglich 2004 vom Regierungsrat bewilligt wurde und seither laufend aktualisiert wird, und der Masterplan Inselareal, Grundlage für die Überbauungsordnung, welche die Berner Stimmbevölkerung 2015 beschlossen hatte. Insgesamt geht es auf dem Areal um einen Investitionsbedarf von fast 1 Mrd. Franken. Es ist absolut richtig, dass deshalb dem Parlament die entsprechenden strategischen Grundlagen umfassend und fundiert vorgelegt und dargelegt werden. Der vorliegende Bericht wurde unter der Federführung der ERZ erstellt, aber man arbeitete intensiv zusammen. Es handelt sich bei diesem Dokument wirklich um ein Gemeinschaftswerk aller beteiligten Direktionen und Institutionen, und dies hat sich als grosser Gewinn erwiesen. Neben der BVE, der VOL, der GEF und eben der ERZ in der Federführung wirkten auch Fachleute der Universität Bern und des Inselspitals intensiv an der Erstellung des Berichts mit. Ich kann deshalb hier auch klar festhalten, dass die Überlegungen und Ziele des Regierungsrates von allen Akteuren auf dem Inselareal mitgetragen werden. Dies stärkt das Ganze natürlich auch: dass alle, die mitwirken, alle, die dort investieren und in Zukunft dort arbeiten wollen, es mitstützen.

Erlauben Sie mir, eine Kernaussage des Berichts ganz besonders zu betonen: Der Investitionsbedarf, den man in diesem Dokument sieht und der jetzt auch mehrmals dargelegt wurde, ist von absolut zentraler Bedeutung für den Kanton Bern. Es kostet nicht nur viel, es ist auch absolut zentral, wohin wir damit wollen. Es geht nicht um Zukunftsvisionen, sondern es geht der Regierung darum, darzulegen, weshalb Investitionen im Inselareal so nötig sind, weshalb sie nötig sind für die heutige Position des Kantons Bern als attraktiver Standort für Medizinal- und Pharmazieunternehmungen, aber auch als starker Forschungsplatz und als wichtiger Ausbildungsort, um den Medizinnachwuchs sichern und vor allem auch weiterentwickeln zu können. Wichtigste Grundlagen für den Bedarf sind: erstens das Wachstum bei den Studierenden der Humanmedizin, das wir bereits haben. Dieses Wachstum ist wichtig und wertvoll, um dem Fachkräftemangel, den wir in diesem Bereich haben, dem drohenden Mangel an Ärztinnen und Ärzten, entgegenwirken zu können. Zweitens ist es die Leistungsfähigkeit der Universität in der Forschung, eine Leistungsfähigkeit und – ich glaube, ich darf dies so sagen – auch eine Stärke dieser Universität, die sehr viele finanzielle Mittel und sehr viel Know-how nach Bern bringt. Und schliesslich ist es selbstverständlich auch die Notwendigkeit, die veralteten Gebäude – vor allem auch im Laborbereich –, die eigentlich am Ende ihres Lebenszyklus angekommen sind, so zu ersetzen, dass sie den heutigen Vorschriften und Normen entsprechen.

Der Bericht legt auch dar, weshalb es langfristig kosteneffizient und sehr sinnvoll ist, diese Investitionen im Inselareal vorzunehmen; im Inselareal, das eben einen einzigartigen – ich glaube, wir dürfen tatsächlich sagen: einen europaweit, vielleicht auch weltweit einzigartigen – Medizinalcampus darstellt. Der Kanton Bern, von dem wir alle wissen, dass er nicht zu den ressourcenstärksten Kantonen der Schweiz gehört: für uns ist es umso wichtiger, dass wir dort konsequent investieren können, wo wir bereits Stärken haben, und dass wir unsere eigenen Stärken eben auch wieder untermauern, noch verstärken und damit Wertschöpfung generieren können. Dazu gehört natürlich ganz klar der Medizinalstandort und sein Herzstück, das Inselareal. Und dass man auch dort wieder gemeinsam zusammenarbeitet, dass die Insel und die Uni sich dort gemeinsam weiterentwickeln und optimal zusammenarbeiten können: Auch dies ist ein grosses Plus des Ganzen.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Bericht und damit eben auch die strategischen Grundlagen für die wichtigen Investitionsentscheidungen des Kantons Bern im Inselareal zur Kenntnis zu nehmen. Auch die BaK empfiehlt dem Grossen Rat die Kenntnisnahme des Berichts.

Die Planungserklärung aus der Kommission fordert aus unserer Sicht genau das Richtige. Da die Hoheit über die Investitionen des Kantons Bern letztlich auf jeden Fall beim Grossen Rat liegt, trifft auch die Aussage in dieser Planungserklärung zu, dass bei nicht verfügbaren Finanzmitteln Anpassungen nötig würden. Genauso wichtig ist aber die Grundaussage des Berichts, dass kurz- oder mittelfristig Einsparungen dann halt auch bei der Umsetzung des dargestellten Investitionsprogramms langfristig Mehrkosten zur Folge haben können; dass wir also überlegen müssen, wie und wo wir investieren, damit wir nicht plötzlich Mehrkosten haben aufgrund der Tatsache, dass wir nicht

investieren konnten. Wir ziehen darum die Planungserklärung der BaK der Planungserklärung der FDP vor, aber ganz sicher gehen beide in die richtige Richtung. Es ist notwendig, dass man auch darauf schaut. Peter Sommer hat noch die Frage gestellt, ob wir heute sicherstellen können, dass man diese Investitionen wirklich auseinanderhalten kann – ob es um die Bildung gehe oder um die Medizin; ob es um die Gesundheit gehe und damit um die GEF und um die Insel, oder ob es um Bildung und um die Uni gehe. Ja, aus heutiger Sicht können wir dies absolut, da diese beiden Bereiche auch zwei unterschiedliche Finanzsysteme und auch unterschiedliche Abrechnungssysteme haben, und da dies in einem laufenden Controlling mit dem Kanton auch immer wieder eng abgeglichen und kontrolliert wird. Das können wir auseinanderhalten.

Eine weitere Planungserklärung bezieht sich auf die Zusammensetzung der im Bericht beschriebenen SWI. Ich verstehe gut, dass die Zusammensetzung dieser Gruppe mit vier Regierungsmitgliedern ins Auge sticht. Das verstehen wir. Wir wissen aber auch alle, dass das Inselareal jetzt in der Tat ein besonderes Thema für den Kanton Bern ist und dass dies – wie wurde es vorhin gesagt? – wirklich eine grosse Kiste ist. Bei einer derart grossen Kiste und bei einem solch zentralen Projekt macht es absolut Sinn, dass wir zusammenarbeiten, dass alle Direktionen, die zuständig und involviert sind, auch zusammenarbeiten. Und wir arbeiten heute gut zusammen, darüber hinaus auch mit der Insel-Gruppe, mit der Stadt Bern, mit der Universität: Auch diese arbeiten mit, und da haben wir im Moment eine Zusammenarbeit, die sehr Sinn macht. Es ist durchaus möglich, dass man – wenn man sagen kann, jetzt sind die wichtigsten Weichen für dieses Projekt gestellt – dann auch sagen kann, dass man die Regierungsdelegation verkleinern kann. Das kann man, aber im Moment macht es Sinn und erleichtert und verbessert die Arbeit, wenn die Direktionen direkt mitarbeiten können. Dies wird von der Gesamtregierung auch so getragen. Deshalb würden wir Ihnen empfehlen, diese Planungserklärung so nicht zu genehmigen, damit wir vorläufig in dieser Zusammensetzung, die wirklich sehr Sinn macht, weiterarbeiten können.

Die Planungserklärung von Grossrat Bernhard Riem nimmt ebenfalls ein Anliegen auf, das bereits in Arbeit ist; ein wichtiges Anliegen. Er erinnert damit auch daran, dass die Universität natürlich nicht nur in der Medizin forscht und lehrt, und er spricht die Thematik der räumlichen Entwicklung für die gesamte Universität an. Die Grundlage für die räumliche Entwicklung der gesamten Universität ist vorhanden. Sie ist auch im Bericht erwähnt: Es ist die Strategie 3012. Die gemeinsame Strategie des Kantons und der Universität wird regelmässig aktualisiert. Die neuste Aktualisierung ist im Moment gerade in den letzten Abschlussarbeiten; mit den Ergebnissen werden die politischen Gremien auf jeden Fall auch wieder befasst. Damit kann man auch sagen, dass diese Planungserklärung eine richtige Planungserklärung ist: Das wird kommen, das wird geschehen, Sie werden damit befasst, und man kann diese Planungserklärung ebenfalls gerne annehmen. Dies macht ebenfalls sehr Sinn.

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme, für die gute Diskussion vorhin und für die wertschätzenden Rückmeldungen zur Arbeit, die da innerhalb dieser Gruppe, aber vor allem auch auf Verwaltungsebene, in der Universität und in der Insel-Gruppe geleistet wurde. Da wurde enorm viel wichtige Arbeit geleistet. Ich bin froh, dass Sie dies auch entsprechend feststellen und würdigen konnten. Ich danke Ihnen, wenn Sie den Bericht so zur Kenntnis nehmen und positiv zur Kenntnis nehmen. Wir arbeiten gerne in dieser Art und Weise und auf dieses Ziel hin zusammen weiter.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Wie gesagt: Als Erstes mehrten wir die Planungserklärungen 1 und 2 gegeneinander aus. Wer die Planungserklärung 1 annehmen will, stimmt Ja, wer die Planungserklärung 2 annehmen will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.ERZ.53; Planungserklärung BaK [Aeschlimann, Burgdorf] – Nr. 1 *gegen* Planungserklärung FDP [Hess, Nidau / Reinhard, Thun] – Nr. 2)

Vote (2019.ERZ.53 ; déclaration de planification CIAT [Aeschlimann, Burgdorf] – n° 1 *contre* déclaration de planification PLR [Hess, Nidau / Reinhard, Thun] – n° 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme Planungserklärung BaK (Aeschlimann, Burgdorf) – Nr. 1 /

Adoption déclaration de planification CIAT (Aeschlimann, Burgdorf) – n° 1

Ja / Oui 76

Nein / Non 66

Enthalten / Abstentions 0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben der Planungserklärung 1 den Vorzug gegeben, mit 76 zu 66 Stimmen ohne Enthaltungen.

Jetzt befinden wir noch darüber, ob man die obsiegende Planungserklärung dem Bericht voranstellen will. Wer dies will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.ERZ.53; Planungserklärung BaK [Aeschlimann, Burgdorf] – Nr. 1)

Vote (Affaire 2019.ERZ.53 ; déclaration de planification CIAT [Aeschlimann, Burgdorf] – n° 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 141

Nein / Non 1

Enthalten / Abstentions 0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben diese Planungserklärung mit 141 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen übernommen.

Wir kommen zur Planungserklärung 3, FDP, Hess/Reinhard. Wer diese annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.ERZ.53; Planungserklärung FDP [Hess, Nidau / Reinhard, Thun] – Nr. 3)

Vote (2019.ERZ.53 ; déclaration de planification PLR [Hess, Nidau / Reinhard, Thun] – n° 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 96

Nein / Non 45

Enthalten / Abstentions 0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben dieser Planungserklärung mit 96 Ja-gegen 45 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen zugestimmt.

Schlussendlich kommen wir noch zur Planungserklärung Nummer 4, BDP/Riem. Wer diese annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.ERZ.53; Planungserklärung BDP [Riem, Iffwil] – Nr. 4)

Vote (2019.ERZ.53 ; déclaration de planification PBD (Riem, Iffwil) – n° 4)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 140

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 1

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben diese Planungserklärung mit 140 Ja-Stimmen angenommen, ohne Gegenstimme bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung. Wer diesen Bericht mit den jetzt beschlossenen Planungserklärungen zur Kenntnis nehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.ERZ.53; Kenntnisnahme mit überwiesenen Planungserklärungen)
Vote (2019.ERZ.53 ; prise de connaissance avec les déclarations de planification adoptées)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 141

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben den Bericht mit 141 Ja-Stimmen zur Kenntnis genommen, ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung.